

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

ANTISEMITISMUS IM EXTREMISTISCHEN SPEKTRUM

Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

9. Juli 2014, Altes Rathaus, Hannover



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Tagungsprogramm	5
Kurzbiografien der Referierenden und Podiumsteilnehmenden	6
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl	12
Wolfgang Freter Referatsleiter Rechtsextremismus, Niedersächsischer Verfassungsschutz	16
Lamya Kaddor Islamwissenschaftlerin, Islamische Religionspädagogin und Autorin	17
Prof. Dr. Micha Brumlik Erziehungswissenschaftler und Publizist, Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg	19

Vorbemerkung

Theodor W. Adorno bezeichnete den Antisemitismus als das Gerücht über die Juden. Hannah Arendt schrieb unter dem Eindruck des Holocausts: „Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“. Auch siebenzig Jahre danach sind antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet.

Extremisten können hieran anknüpfen. Vor diesem Hintergrund vermittelt das 8. Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes einen Überblick über Formen des Antisemitismus im politischen Extremismus und fragt, was sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat.

- Verlagert sich die rechtsextremistische Judenfeindschaft auf den sekundären Antisemitismus?
- Verbirgt sich hinter überzogener linksextremistischer Kritik an Israel womöglich ein kaschierter Antisemitismus?
- Welche Gefahren resultieren aus der islamistisch begründeten Judenfeindschaft?

Das sind nur einige Fragen, denen die Referentinnen und Referenten nachgehen werden.

Egal in welcher Form: der Antisemitismus verunglimpft und erniedrigt Menschen jüdischen Glaubens. Er vergiftet die Gesellschaft.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion sollen deshalb Wege aufgezeigt werden, wie dem Antisemitismus durch staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln begegnet werden kann.

Tagungsprogramm

- 9.30 Uhr** **Come together**
- 10.00 Uhr** **Eröffnung und Begrüßung**
Boris Pistorius,
Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport
Maren Brandenburger,
Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin
- 10.30 Uhr** **Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden**
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber,
Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl
- 11.15 Uhr** **Antisemitismus im Rechtsextremismus**
Wolfgang Freter, Referatsleiter Rechtsextremismus, Niedersächsischer Verfassungsschutz
- 12.00 Uhr** **Importierte Verachtung oder islamisierter Antisemitismus**
Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin,
Islamische Religionspädagogin und Autorin
- 12.45 Uhr** **Mittagspause**
- 13.30 Uhr** **Beitrag der jüdischen Kultur für das europäische Erbe**
Prof. Andor Izsák, Direktor a. D. des Europ. Zentrums für jüdische Musik, Ehrenpräsident der Sigmund-Seligmann-Stiftung
- 14.15 Uhr** **Antisemitismus im Linksextremismus**
Prof. Dr. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist, Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg
- 15.00 Uhr** **Podiumsdiskussion**
Die Verantwortung von Staat und Gesellschaft in der Bekämpfung des Antisemitismus
- *Dr. Ingrid Spieckermann, Landessuperintendentin der ev.-luth. Landeskirche Hannovers*
- *Aycan Demirel, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGa e. V.)*
- *Abdullah Leonhard Borek, Deutsche Muslim-Liga e. V.*
- *Katarina Seidler, Landesvorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen*
- *Prof. Dr. Micha Brumlik, Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg*
- 16.00 Uhr** **Schlusswort**
Maren Brandenburger,
Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin
- Tagungsmoderation:**
- *Horst Lahmann,*
Niedersächsischer Verfassungsschutz
- *Daniela Schlicht,*
Niedersächsischer Verfassungsschutz

Kurzbiografien der Referierenden und Podiumsteilnehmenden

Boris Pistorius

Geboren 1960 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Osnabrück und Münster. Seit Januar 1991 in verschiedenen Bereichen der Niedersächsischen Landesverwaltung tätig, zuletzt von September 2002 bis September 2006 Leiter der Abteilung Schulen und Sport bei der Bezirksregierung Weser-Ems. Mitglied des Rates der Stadt Osnabrück von 1996 bis 2013, von 2006 bis Februar 2013 war Pistorius Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück. Seit März 2013 Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport. 2013 Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK).

Maren Brandenburger

Geboren 1968 in Kiel. Studium der Politikwissenschaften und Geschichte (M.A.) an der Leibniz-Universität Hannover. Seit 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremismus/Terrorismus tätig, von 2003 bis 2013 war sie Pressesprecherin und Sachgebietsleiterin der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde. Seit März 2013 ist sie Präsidentin der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Armin Pfahl-Traughber

Geb. 1963 in Schwalmstadt; Politologe.

Pfahl-Traughber studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg und der Philipps-Universität Marburg. Nach seiner Promotion war er ab 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz. 2004 wurde er Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im rheinischen Brühl. Außerdem ist er seit 2007 Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen u. a. die politische Ideengeschichte, der politische Extremismus, Terrorismus und der Antisemitismus. Er publiziert seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig in verschiedenen Jahrbüchern,

Zeitungen und Zeitschriften wie Aus Politik und Zeitgeschichte, Blick nach rechts, den DÖW Mitteilungen, dem Jahrbuch Extremismus und Demokratie, dem Jahrbuch für öffentliche Sicherheit, Kommune, Mut, Das Parlament und Tribüne. Seit 2008 gibt er zudem das Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung heraus. Seit 2010 gehört er dem Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages an. Seit 2013 ist Pfahl-Traugber Mitglied im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz.

Wolfgang Freter

Geboren 1957 in Hannover. Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Neueren Geschichte an der Leibniz-Universität Hannover. Anschließend Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und für eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung über die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Seit 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremismus/Terrorismus tätig (u. a. Islamismus, Rechtsextremismus). Von 2002 bis 2014 Leiter des Referatsteils Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus. Seit 2014 Referatsleiter des Fachbereiches Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus und Präventionsarbeit in der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Lamy Kaddor

Lamy Kaddor wurde 1978 im westfälischen Ahlen als Tochter syrischer Einwanderer geboren. 2003 schloss sie ihr Magisterstudium der Arabistik und Islamwissenschaft, Erziehungswissenschaft und Komparatistik an der Universität Münster ab. Im Moment beschäftigt sie sich wissenschaftlich mit dem Leben muslimischer Schüler in Deutschland. Sie hat regelmäßig Lehraufträge inne. Seit dem Wintersemester 2013/2014 nimmt sie einen Lehrauftrag zum Thema „Muslimisches Leben in Deutschland“ an der Fachhochschule Münster (FB Soziale Arbeit) wahr.

Insgesamt vier Jahre (2004-2008) bildete sie an der Universität Münster islamische Religionslehrer aus und vertrat dort zwischen Juli 2007 und März 2008 die Aufgaben der Professur „Islamische Religionspädagogik“. Seit dem Schuljahr 2003/2004 ist sie als Lehrerin im Rahmen des nordrhein-westfälischen Schulversuchs „Islamkunde in deutscher Sprache“ in Dinslaken tätig.

Sie ist als Autorin und Publizistin tätig und berät die Politik in Fragen Integration

und Islam. Lamy Kaddor gehört zu den muslimischen SprecherInnen für das deutschlandweit erste muslimische Wort im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem sog. „Forum am Freitag“ des ZDF (www.forumamfreitag.zdf.de).

Sie ist erste Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes e.V. (www.lib-ev.de).

Von der paneuropäischen Organisation CEDAR wurde sie als eine der zehn European Muslim Women of Influence 2010 ausgezeichnet. Zudem ist sie Trägerin der „Integrationsmedaille der Bundesregierung“.

Ihre neueste Veröffentlichung heißt „So fremd und doch so nah. Muslime und Juden in Deutschland.“ Es handelt sich dabei um einen Dialogband, den sie gemeinsam mit Michael Rubinstein, dem Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde zu Duisburg geschrieben hat.

Direktor a. D. Prof. Andor Izsák

Andor Izsák wurde 1944 in Budapest geboren und studierte an der Franz-Liszt-Musikhochschule. Bereits zu Studienzeiten war er Organist an der Budapester Dohány-Synagoge, der größten Synagoge Europas. Hier gründete er im Jahr 1962 gemeinsam mit dem Kantor Marcel Lorand den Lewandowski-Chor, das erste Ensemble, das nach dem Holocaust wieder synagogale Musik zu Gehör brachte. Nach langjähriger Tätigkeit als Dozent am Béla-Bartók-Konservatorium und an der legendären Fodor-Musikschule sowie als Chor- und Operndirigent siedelte Andor Izsák nach Deutschland über.

Aus der intensiven Beschäftigung mit jüdischer Musik (Kompositionstätigkeit, Lehre, Forschung und Aufführungen mit namhaften Vertretern der synagogalen Musik aus aller Welt) ging 1988 das Europäische Zentrum für Jüdische Musik hervor, das seit 1992 ein Institut der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover ist. 2003 wurde Andor Izsák auf die Professur für Synagogale Musik berufen. Im Jahr 2002 wurde Andor Izsák mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet. Im Jahr 2007 erhielt er den Ehrenpreis der Stiftung Bibel und Kultur für sein Lebenswerk. 2012 wurde ihm der Yuval Award für sein Lebenswerk von der Cantors Assembly verliehen, der größten Vereinigung jüdischer Kantoren in der Welt. Er ist Ehrenpräsident der Siegmund Seligmann-Stiftung und der Siegmund-Seligmann-Gesellschaft. Über sein Leben ist eine von Dr. Arno Beyer, dem stellvertretenden Intendanten des NDR, geschriebene Biographie mit dem Titel „Andor der Spielmann – ein jüdisches Musikerleben“ erschienen.

Micha Brumlik

Emeritierter Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., von 2000 bis 2005 Leiter des Fritz-Bauer-Institut Frankfurt/M., Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust und seiner Wirkung; Stadtverordneter der GRÜNEN in Frankfurt am Main von 1989-2001; seit 2013 Senior Professor am Zentrum Jüdische Studien Berlin/Brandenburg; Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“; Autor und regelmäßiger Kolumnist der taz: „Gott und die Welt“.

Letzte Buchpublikationen: „Innerlich beschnittene Juden“, Verlag: Konkret Literatur Verlag, 2012; Messianisches Licht und menschliche Würde. Politische Theorie aus den Quellen des Judentums, Baden-Baden 2013.

Dr. Ingrid Spieckermann

Geb. 1951, seit 2000 Landessuperintendentin (Regionalbischöfin) des Sprengels Hannover (550.000 Mitglieder) der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Zuvor 1986-1989 Pastorin, 1989 Oberkirchenrätin, 1992 Oberlandeskirchenrätin im Landeskirchenamt der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Weitere Funktionen u.a.: 1990-2002 Mitglied der Synode der EKD, bis 2003 Mitglied der Kammer für Öffentlichkeit der EKD, 1989-1991/2004-2010 Mitglied der Kammer für Theologie der EKD. Engagiert insbesondere in Dialogfragen zwischen Kirche und Politik, Kirche und Gesellschaft, Kirche und Kultur, Kirche und Religionen.

Aycan Demirel

Ist Mitbegründer der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und Vorsitzender des Trägervereins KlgA e.V. Er hat Geschichte, Politik und Publizistik in Berlin studiert. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen Antisemitismus, Islamismus und Islamfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft, sowie Gesellschaft und Politik in der Türkei, wobei hier die Auseinandersetzung um Islamismus und Antisemitismus im Vordergrund steht. Seit der Gründung der Initiative hat Aycan Demirel in verschiedenen Projekten im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung gearbeitet. Zuletzt hat er das Bundesmodellprojekt „Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus in der Schule gestalten“ geleitet, das durch Mittel aus dem Bundesprogramm „Initiative De-

mokratie stärken“ sowie aus Mitteln der Deutschen Islam Konferenz gefördert wurde. An der wissenschaftlichen Debatte um eine zeitgemäße Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und Islamismus hat er sich mit zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen beteiligt. Im August 2009 wurde Demirel als Mitglied des unabhängigen Expertengremiums des Deutschen Bundestages zur Bekämpfung des Antisemitismus berufen.

Abdullah Borek

Deutscher, geboren 1936 in Oberschlesien, aufgewachsen in Celle (Niedersachsen). Nach Besuch des dortigen Hermann-Billing-Gymnasiums Ausbildung zum Außenhandelskaufmann in Hamburg, ‚Bachelor of Arts‘ (B.A.), Diplom des Ministeriums für Islamische Angelegenheiten des Königreichs Bahrain mit der Befähigung islamische Religion und arabische Sprache zu unterrichten; verheiratet, ein erwachsener Sohn.

1956 Übertritt zum Islam in Deutschland. 1957 erste Kontakte zur arabischen Welt (Libyen, Ägypten, Saudi Arabien). Im gleichen Jahr Aufenthaltsnahme in Saudi Arabien, dort 1958 Pilgerfahrt nach Mekka (hadsch). Danach längere Aufenthalte in Ägypten, Irak, Jordanien, Bahrain und Saudi Arabien. In Bahrain ansässig von 1970 bis 1990 und 1993 bis 2003 (mit Zwischenaufenthalten in Saudi Arabien 1973 bis 1975 und Dubai [V.A.E.] 1992 bis 1993) als Regionalleiter verschiedener internationaler Unternehmen bzw. (seit 1986) als selbstständiger Unternehmensberater. Während der gesamten Zeit regelmäßige Reisen innerhalb der arabischen Länder.

- 1979 Bestallung zum Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland im Staat (inzwischen Königreich) Bahrain.
- 1988 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Seit 1958 Mitglied und seit 2005 auch Ehrenmitglied der Deutschen Muslim-Liga e.V., Hamburg (DML), einem Zusammenschluss vorwiegend deutscher und deutschsprachiger Muslime (gegründet 1952). 1990 bis 1996 Vorsitzender, 1996 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender; seit September 2006 Imam der DML.

Seit 1998 Mitarbeit (da'wa) bei DISCOVER ISLAM im Rahmen des Ahmed Al Fateh Islamic Centre in Bahrain.

Katarina Seidler

Geb. 1954 in Hannover, verheiratet, 2 Kinder, Rechtsanwältin in Hannover.

- Mitbegründerin der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. 1995
- Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R seit dessen Gründung 1997
- Mitbegründerin und langjährige stellvertretende Vorsitzende der Union Progressiver Juden in Deutschland
- Mitglied des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland K.d.ö.R.
- Vorstandsmitglied des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerkes (Berlin) für Jüdische Begabtenförderung
- Beiratsmitglied der Leo Baeck Foundation (Berlin) für die Förderung der Ausbildung von liberalen Rabbinern am Abraham Geiger Kolleg
- Mitglied im Stiftungsbeirat der Internationalen Martin Buber-Stiftung zur Koordinierung des internationalen Christlich-Jüdischen Dialogs.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl

Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden Definitionen und Typologisierungen zu Ressentiments und Vorurteilen mit Anregungen zur Unterscheidung von antisemitischer Israel-feindlichkeit und nicht-antisemitischer Israelkritik

Thesen anlässlich des Symposiums des Niedersächsischen Verfassungsschutzes „Antisemitismus im extremistischen Spektrum“ am 9. Juli 2014 im Alten Rathaus in Hannover

1. „Antisemitismus“ ist – auch und gerade angesichts der Erinnerung an die Shoah – ein im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland mitunter hoch emotionalisiertes und polarisiertes Thema, woraus sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht die Notwendigkeit zu einer möglichst trennscharfen Definition ableitet.
2. Antisemitismus steht hier fortan für eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Handlungen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit Abwertung, Diskriminierung, Verfolgung oder Vernichtung zu legitimieren.
3. Die Formulierung „Feindschaft gegen Juden als Juden“ steht als Kurzformel dafür, dass sich derartige Aversionen gegen als Juden wahrgenommene Individuen oder Institutionen (und nicht gegen „Semiten“ als Angehörige einer Sprachfamilie) richten und ihre Grundlage primär im angeblichen oder tatsächlichen „jüdisch sein“ der Gemeinten besteht.
4. Die Rede von einer „Sammelbezeichnung“ meint, einschlägige Ressentiments und Vorurteile gegen Juden als Juden können sich in Form (Einstellungen,

Handlungen) und Inhalt (Ideologievarianten, Stereotype) unterschiedlich artikulieren, was wiederum eine Entwicklung – zumindest idealtypisch – trennscharfer Kriterien nötig macht.

5. Bezüglich der bloßen Einstellungen können latente und manifeste Dispositionen unterschieden werden, welche im Durchschnitt nach diversen Umfragen im Sinne der empirischen Sozialforschung bei um die zwanzig Prozent antisemitischem Potenzial mit mal mehr und mal weniger deutlicher Artikulation in der Bevölkerung liegen.
6. Angesichts des offiziellen anti-antisemitischen Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland bewegt sich dieses Potential meist in der „Kommunikationslatenz“ (Bergmann/Erb), d. h. man artikuliert einschlägige Aversionen in der Regel nicht im öffentlichen, sondern nur im privaten Raum (mit gelegentlichen Ausbrüchen als Ausnahme).
7. Hinsichtlich der Handlungen reicht das Spektrum aktuell von der diffamierenden Ansprache einer angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Person in Form von Beleidigungen oder Schmähungen bis zur Gewalthandlung in Gestalt von Angriffen unterschiedlicher Intensität gegen Menschen oder von Zerstörungen von Grabsteinen oder Stolpersteinen.
8. Einstellungen und Handlungen weisen entsprechend der politischen Richtung „von links nach rechts“ einen Anstieg auf, womit allerdings keine Reduzierung auf das organisierte rechtsextremistische Lager verbunden ist, findet sich doch Antisemitismus weit darüber hinaus als Einstellungspotential im Sinne von Mentalitäten und Orientierungen.
9. Idealtypisch lassen sich eine religiöse („Gottesmord“), soziale („Wucher“), politische („Verschwörung“), nationalistische („Illoyalität“), rassistische („Minderwertigkeit“), sekundäre („Schuldabwehr“) und antizionistische („Israelhass“) Ideologievariante des Antisemitismus unterscheiden.

10. Aufgrund der Diskreditierung einschlägiger Auffassungen durch die Erinnerung an die Shoah artikulieren sich antisemitische Ressentiments in der Gegenwart insbesondere im Kontext eines Diskurses, der grundlegende Einwände gegen die Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern im Nahost-Konflikt formuliert.
11. Indessen müssen weder eine ausgeprägte Feindschaft noch eine differenzierte Kritik am Agieren der israelischen Politik inhaltlicher Ausdruck von Antisemitismus sein, was eine Bestimmung des inhaltlichen Kerns der Motivation deutlich machen kann: die Aversion gegen Juden in Israel oder die Einforderung von Menschenrechten für Palästinenser.
12. Im Interesse einer Differenzierung der Auffassungen und einer Versachlichung der Debatte soll daher folgende idealtypische Unterscheidung vorgenommen werden: erstens eine differenzierte und nicht-antisemitische Kritik, zweitens eine pauschale und nicht-antisemitische Feindschaft und drittens eine pauschale und antisemitische Feindschaft.
13. Die erstgenannte Auffassung argumentiert auf der Basis von menschen- und völkerrechtlichen Grundpositionen, wobei die Einwände gegen das Agieren der israelischen Regierung auch im Kontext der Bedrohung des Landes und seiner legitimen Sicherheitsinteressen mit kritischem Blick auf dessen Gegner formuliert werden.
14. Eine pauschale, aber nicht-antisemitische Feindschaft, die häufig in Form einer sich antiimperialistisch wählenden Israelfeindschaft vorgetragen wird, positioniert sich meist distanzlos auf der Seite der angeblich „Schwächeren“ und ignoriert dabei häufig deren bekundeten Absichten bis hin zur Zerschlagung des Staates Israel.
15. In dieser Hinsicht bestehen gewisse Schnittmengen zu einer pauschalen und antisemitischen Feindschaft, welche aber ihre konstitutive Grundlage nicht in einem dogmatischen Antiimperialismus, sondern in entwickelter Judenfeindschaft hat, welche sich im Gewand bloßer Israel-Kritik um der besseren öffentlichen Vermittlung willen artikuliert.

16. Im letztgenannten Sinne geht es um die Diffamierung Israels als jüdischer Staat aufgrund dieser besonderen Eigenschaft, welche sich auch und gerade im Aufgreifen und Umdeuten klassischer antisemitischer Stereotype („jüdischer Rachegeist“, „jüdischer Schacher“, „jüdische Verschwörung“) in dem genannten thematischen Kontext zeigt.
17. Die beschriebene Differenzierung will zur inhaltlichen Versachlichung einer emotional und polarisiert geführten Debatte beitragen, wobei eine kritische Auseinandersetzung mit einseitigen und pauschalen Einwänden gegen die israelische Politik ohne Rekurse auf einen dabei nicht immer belegbaren Antisemitismus erfolgen kann.
18. Demnach wendet sich die vorstehende Typologie auch gegen eine inflationäre und unbegründete Nutzung des Antisemitismus-Begriff, was angesichts einer nicht immer angemessenen Anwendung auf bestimmte Personen und Positionen objektiv zur Relativierung und Verharmlosung der konkreten Judenfeindschaft führt.
19. Auch eine differenzierte Kritik an der israelischen Regierung auf Basis von menschen- und völkerrechtlichen Argumenten muss indessen die Tatsache mit berücksichtigen, dass sich der Antisemitismus der Gegenwart häufig im Gewand der Einwände gegen die Politik gegenüber den Palästinensern artikuliert.
20. Im Wissen um ein bestehendes antisemitisches Einstellungspotential mit dieser Orientierung sollte sich demnach auch eine solche öffentliche Kritik an der israelischen Regierung inhaltlich so präsentieren, dass sie judenfeindlichen Anknüpfungspunkten und Deutungsmustern keinen entsprechenden inhaltlichen Stoff liefert.

Wolfgang Freter

Referatsleiter Rechtsextremismus,

Niedersächsischer Verfassungsschutz

Antisemitismus im Rechtsextremismus

Antisemitismus ist ein zentrales Ideologiemerkmal des Rechtsextremismus. Er tritt in unterschiedlicher Ausprägung und Variante in allen rechtsextremistischen Organisationen in Erscheinung, steht bei politisch ausgerichteten Zusammenschlüssen aber nicht als Kampagnenthema im Vordergrund.

Am Beispiel einer Analyse der Berichterstattung in der Deutschen Stimme über einen Zeitraum von vier Jahren wird deutlich, dass die NPD antijüdische Positionen in der Regel in Form des sekundären Antisemitismus zum Ausdruck bringt - durch die Relativierung des Holocausts und überzogene Israel-Kritik. Im Bereich der rechtsextremistischen Musik lassen sich demgegenüber neben verklausulierten antisemitischen Liedtexten zahlreiche Beispiele für drastische Judenhetze bis hin zu eliminatorischen Phantasien aufzeigen. Gerade die extensive Judenfeindschaft in der rechtsextremistischen Musik führt vor Augen, in welcher ausgeprägter Form tradierte antisemitische Stereotype in Teilen der Gesellschaft noch immer präsent sind. Die Auseinandersetzung mit dieser auf junge Menschen zielenden suggestiven Form der Feindbildvermittlung wird deshalb auch weiterhin einen Schwerpunkt der Präventionsarbeit der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde bilden.

Nicht vernachlässigt werden dürfen die um Überhöhung bemühten Versuche, antisemitische Positionen in ideologische Argumentationszusammenhänge einzukleiden. Beispiele hierfür sind das von Horst Mahler verfasste Buch „Das Ende der Wanderschaft“ oder die Veröffentlichungen der „Europäischen Aktion“. Letztere dokumentieren zugleich die internationale Dimension des Antisemitismus. Nationale Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland müssen deshalb einhergehen mit Initiativen auf europäischer Ebene.

Lama Kaddor

Islamwissenschaftlerin, Islamische Religionspädagogin und Autorin

Über den Antisemitismus und die Islamfeindlichkeit in Deutschland ist viel geschrieben und gesagt worden. Schauen wir also auf ein relativ junges Phänomen in unserem Land: den muslimischen Antisemitismus. Muslimischer Antisemitismus ist traurige Realität, wie auch der abscheuliche Überfall auf Rabbiner Daniel Alter vermutlich durch arabischstämmige Jugendliche gezeigt hat. Ende August 2012 war er in Berlin im Beisein seiner kleinen Tochter auf offener Straße zunächst beleidigt und dann tödlich angegriffen worden, als er die Frage, ob er Jude sei, mit Ja beantwortete. Die Betrachtung des Phänomens „muslimischer Antisemitismus“ ist nicht ganz einfach. Das liegt hauptsächlich daran, dass es in Deutschland zugleich eine Stellvertreterfunktion einnimmt, um nämlich von antisemitischen Stereotypen in der Mehrheitsgesellschaft abzulenken. Muslimischer Antisemitismus lässt sich in Zeiten der Islamkritik leicht zum Thema machen. Das nutzen nicht nur Islamfeinde und rechtskonservativer Kreise für ihre Interessen. Im Grunde bietet sich mit dem Fingerzeig auf Muslime für jeden eine Chance, die Last des Nationalsozialismus ein Stück weiter von den Schultern der Deutschen wegzunehmen.

Die Virulenz des Themas lässt sich vermeintlich eindeutig beweisen. De facto ist der muslimische Antisemitismus in Deutschland ein Randphänomen. Im zweiten Quartal 2012 gab es laut Antwort der Regierung auf eine Bundestagsanfrage 197 Straftaten mit „antisemitischen Hintergrund“. Acht wurden von „Ausländern“ verübt (das Bundesinnenministerium schlüsselt nach Rechts, Links und Ausländern auf), 182 von Rechts! Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum 2011 waren es 215 Straftaten, davon 206 von Rechtsextremen und zwei von „Ausländern“. Anfang 2012 veranlasste eine Erhebung die Bild Zeitung zu der Schlagzeile neue Schock-Studie: 20 % der deutschen latent antisemitisch. 20 % von 82 Millionen Deutsche sind 16,4 Millionen Menschen in Deutschland leben 4-5 Millionen Muslime und nicht alle sind antisemitisch.

Trotz allem müssen wir uns fragen, warum Hitlers „Mein Kampf“ oder die „Protokolle der Weisen von Zion“ unter Muslimen heute gesteigerte Nachfrage genießen, denn das ist zweifelsfrei so. Dass der Nahostkonflikt dafür eine Hauptursache ist

und dass die Hasstexte vor allem von dort involvierten Akteuren verbreitet werden, dürfte niemanden überraschen. Diese politische und nicht originär religiöse Auseinandersetzung um Israel ist zugleich Hauptursache für muslimische Feindseligkeiten gegenüber Juden in Deutschland.

„Du Jude“ - diese Worte fallen oft gedankenlos. Sie sind dann Teil der Jugendsprache und belegen nicht automatisch eingefleischten Antisemitismus. Viele muslimische Jugendliche, vor allem mit arabischen Wurzeln, nehmen Juden auch nicht in erster Linie als Opfer wahr, sondern wegen Teilen der israelischen Politik als Vertreter einer Besatzungsmacht. Ein Großteil der muslimischen Jugendlichen lebt vielfach in prekären sozialen Verhältnissen. Mitunter sind sie selbst oder ihre eingewanderten Familien Teil jahrelanger gewalttätiger Konflikte gewesen, weshalb sie sich häufig als Opfer sehen. Das alles bewirkt einen unterschiedlichen Umgang mit Juden und Judentum. Abstrakt bedeutet das zunächst: hier geht es um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Und genau dort muss man beginnen, und ihnen etwas entgegensetzen. Heute entspringt Antisemitismus sozialpsychologisch gesehen derselben Quelle wie Islamfeindlichkeit, Rassismus und andere Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie sind somit eine gemeinschaftliche Herausforderung.

Prof. Dr. Micha Brumlik

Erziehungswissenschaftler und Publizist,

Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg

Was heißt heute (!) : „linker Antisemitismus?“

1. Was „linker“ Antisemitismus heute genau ist, lässt sich – im Unterschied etwa zu den von Edmund Silberner identifizierten Positionen der Frühsozialisten bis zu Karl Marx – kaum noch eindeutig benennen. Positionen, die die Juden ob ihres angeblich übermächtigen finanziellen Einflusses oder ihrer Medienmacht angreifen, waren bisher als politische Positionen selten zu finden, scheinen aber in Gestalt nationalneutralistischer und antiamerikanischer Agitation in Deutschland, aber auch Frankreich eine gewisse Renaissance zu erfahren.
2. Linker Antisemitismus scheint sich heute – nach Aussagen empirischer Forscher – vor allem in negativen Haltungen zum Staat Israel, seinen Politiken und Regierungen, sowie zur Geschichte des Zionismus auszudrücken – und zwar so, dass jede Form eines partikularen jüdischen Nationalbewusstseins – verbunden mit dem Wunsch nach einem ethnisch-jüdischen Staat – gegenüber universalistischen und menschenrechtlichen Prinzipien als rückschrittlich eingestuft und politisch kritisiert wird.
3. So war es schon vor Jahren der Antisemitismusforscher Leon Poliakov, der in feindseligen Äußerungen über den Staat Israel eine neue Form des Antisemitismus sah: Israel als „Jude“ der Staatenwelt! Da nun feindselige Äußerungen gegenüber Staaten und Regierungen beliebiger Länder in liberalen Öffentlichkeiten beinahe selbstverständlich sind, kommt alles darauf an, eindeutige Kriterien für die „Feindseligkeit“ von Aussagen und Behauptungen über den Staat Israel zu entwickeln. Der ehemalige sowjetische Bürgerrechtler und heutige israelische Politiker Nathan Shtaransky hat dazu drei Kriterien vorgeschlagen, die inzwischen vom Simon Wiesenthal Center in Los Angeles und auch von dem EUMC übernommen worden sind:

- a. **Zunächst** die „**Dämonisierung**“: Sie liegt vor, wenn politische Handlungen israelischer Regierungen extrem negativ bewertet werden, etwa wenn israelische Luftangriffe auf Terroristen, bei denen auch Zivilisten sterben, als „Völkermord“ bezeichnet werden;
- b. **Sodann** der „**Doppelte Standard**“: wenn dem Staat Israel etwas angekreidet wird, was anderswo kritiklos hingenommen wird: wenn etwa die Besiedlung von Teilen der „Westbank“ durch Israel kritisiert wird, ohne zugleich die Annexion Tibets durch China anzuprangern, bzw. wenn aggressive jüdische Siedler als „Fundamentalisten“ bezeichnet werden, ohne dass zugleich islamistische Selbstmordattentäter erwähnt werden.
- c. **Schließlich** die „**Delegitimation**“: wenn etwa über eine negative Beurteilung der Handlungen israelischer Regierungen zugleich die Existenzberechtigung des Staates in Frage gestellt wird.

4. Allerdings: Unklar bleibt bei diesen Kriterien, ob bei einer des Antisemitismus verdächtigen Äußerung alle drei Kriterien erfüllt sein müssen. Vor allem erweist sich das zweite Kriterium – „Doppelter Standard“ – als untauglich: einfach deshalb, weil es in politischen Auseinandersetzungen, zu denen oftmals negative Bewertungen bestimmter Personen oder Institutionen gehören, unmöglich ist, alle anderen, die ähnlich handeln, aufzuführen. Weitere Fragen wirft vor allem das erste Kriterium auf: gehört zur „Dämonisierung“ die paranoid verschwörungstheoretische Perspektive hinzu? Schließlich ist auch das Kriterium der „Delegitimation“ weniger eindeutig als es auf den ersten Blick scheint: Liegt also ein jüdenfeindlicher Fall von „Delegitimation“ vor, wenn etwa die palästinensische Autonomieregierung nur bereit ist, Israel als Staat in den Grenzen von 1967 und nicht als „jüdischen“ Staat anzuerkennen?

5. Auffällig ist, dass diese Debatte heute – jedenfalls in den USA – nicht selten zwischen unterschiedlichen Fraktionen jüdischer Intellektueller vor allem im Rahmen der Universitäten geführt wird. Zu fragen ist dann etwa, ob die weltberühmte Philosophin Judith Butler als „jüdische Antisemitin“ zu qualifizieren

ist, weil sie im Rahmen der BDS Kampagne einen Boykott israelischer Waren jedenfalls so lange fordert, bis der israelische Staat entweder das Rückkehrrecht der Palästinenser anerkennt, oder das eigene Rückkehrgesetz, das Juden privilegiert, aufhebt. Ebenfalls des Antisemitismus verdächtig ist die Forderung nach einem Boykott von Waren, die israelische Firmen im völkerrechtlich jedenfalls umstrittenen Westjordanland hergestellt haben. Zuletzt kam die presbyterianische Kirche in den USA in den Verdacht des Antisemitismus, da sie zum Boykott von Firmen aufgerufen hat, die die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland unterstützen oder von ihr profitieren.

6. Aus alledem folgt: Der Begriff des „linken Antisemitismus“ ist zu ungenau und zu schillernd, um in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die israelische Siedlungspolitik und der Kritik an ihr sinnvoll gebraucht zu werden. Nicht zu übersehen ist freilich das allmähliche Anwachsen eines zwischen links und rechts oszillierenden Nationalneutralismus, der sich eindeutiger, geradezu antisemitischer Motive bedient und Eingang in die Ränder klassisch linker Parteien findet – während sich Teile des europäischen Rechtspopulismus paradoxerweise als „Philosemiten“ gerieren.

Verteilerhinweis

Diese Druckschrift wird von der Landesregierung Niedersachsen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover
Telefon: 0511 6709-217
Telefax: 0511 6709-394
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
verfassungsschutz.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de)
Internet: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de